



Lehrplan vors Volk

Demokratische Mitbestimmung in der Volksschule
Volksinitiative Kanton Zürich

Komitee «Lehrplan vors Volk», 8610 Uster | info@lehrplan-vors-volk.ch | www.lehrplan-vors-volk.ch | Spendenkonto: Postkonto 89-753598-5

Newsletter vom 18. 3. 2018

Inhalt

Kinder in der Optimierungsfalle?	2
Deutsch. Eine Sprache wird malträtirt	4
Volk stimmt bei den Tagesschulen über 75 Millionen Franken ab	6
Tagesschule: Segen und Gedeih oder Fluch und Verderb?	8
Nicht immer ein leichter Zmittag	9
Der Mythos der gerechten schulischen Selektion	10
Leserbrief	13
Die Illusion der gleichen Chancen	14
Veranstaltungshinweis 21. 3. 2018.....	16

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren

Auch nach der Volksabstimmung vom 4. März bleiben wir dran. Durch die intensive Beschäftigung mit dem Lehrplan 21, der entsprechenden Lehrerbildung und den anderen laufenden Schulreformen ist unsere Wahrnehmung geschärft und durch die gute Zusammenarbeit mit anderen Reformkritikern ist ein menschlicher Verbund entstanden, der mit einem Abstimmungstermin nicht beendet ist. Unser Einsatz geht weiter – muss weitergehen – und jeder Beitrag für eine gute Schulbildung unserer Kinder ist willkommen.

Zum Einstieg zwei erhellende und aufbauende Beiträge zweier Pädagogen, die von ganz unterschiedlichen Blickwinkeln auf essentielle Aspekte der Bildung zu sprechen kommen: Ein Radiogespräch mit Allan Guggenbühl zur Unverzichtbarkeit der persönlichen Lehrer-Schüler-Beziehung, die er mit Nachdruck auch in den heutigen Schulen einfordert; und ein Plädoyer von Carl Bossard für die dringende Pflege der deutschen Sprache. Es folgt die aktuelle Diskussion der Tagesschulen im Zürcher Parlament und in den Medien, und schliesslich wird die Frage der Chancengleichheit im heutigen Schulsystem unter die Lupe genommen und festgestellt: Die Integration aller Kinder in Regelklassen, wo sie und ihr Lernen mehr oder weniger sich selbst überlassen bleiben, löst das Problem jedenfalls nicht, im Gegenteil. Chancengleichheit in einem humanistischen Sinne kann nur heissen, dass Kinder mit Lerndefiziten – aus welchem Grund auch immer – von ihrer Lehrerin persönliche Anleitung, Bejahung und Zutrauen erfahren und mit jedem gelungenen Lernschritt allmählich Zuversicht und Freude am Lernen entwickeln können. Dass dies in einer Kleinklasse mit einer vom Lehrer gepflegten Klassengemeinschaft besser möglich ist

als in einem Grossraumbüro mit Lernboxen und selbstorganisiertem Abarbeiten von Wochenplänen, wird hoffentlich innert nützlicher Frist immer mehr Eltern, Lehrkräften und Pädagogen einleuchten.

Wir freuen uns darauf, mit Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, gemeinsam den Weg zu einer guten Schulbildung für unsere Jugend weiter zu gehen. Vielleicht gibt es in Ihrem Umfeld Menschen, die sich für die Lektüre unseres Newsletters interessieren könnten? Gerne können Sie uns dies mitteilen.

Für die Redaktion

Marianne Wüthrich

Kinder in der Optimierungsfalle?

SRF2 Kontext, Dienstag, 13. März 2018, [Sendung hören](#)

Auszug: Gespräch mit dem Kinder- und Jugendpsychiater Allan Guggenbühl

Wir wollen heute wissen, was dran ist an der These, dass Kinder zunehmend unter Leistungsdruck stehen. Dazu haben wir heute auch den Kinder- und Jugendpsychiater Allan Guggenbühl im Studio. Herr Guggenbühl, sie haben konkrete Erfahrungen aus ihrer Praxis. Wie häufig ist denn die Schule bzw. Leistungsdruck ein Thema bei Kindern, die zu Ihnen in die Praxis kommen?

Es ist häufig ein Thema, da die meisten älteren Kinder wegen Schwierigkeiten kommen, die sie in der Schule haben. Und es sind zum Teil Schwierigkeiten, die durch genau diese Reformen ausgelöst wurden. Z. B. dass die Kinder in die Schule gehen und dort hören, dass sie täglich die Lernziele erledigen müssen. Ich habe mit einem Jungen zu tun, der hat gesagt, als der Lehrer gefragt hat, was er diese Woche machen wolle: «Nichts, ich will nichts machen.» Für mein Gefühl sind da in der Schule verschiedene pädagogisch-didaktische Reformen geschehen, die nicht kindgerecht sind. Da fühlt man sich als Pädagoge, als Psychologe, als Kinderpsychologe wie ohnmächtig und fragt sich, wie ist das geschehen? Wie konnten in den Volksschulen Formen eingeführt werden, die Selbstorganisation, das selbstorganisierte Lernen, dann Lernberichte, also das soziale Verhalten beurteilen und meinen, das habe nachher einen Zusammenhang mit der Arbeit. Wie ist das geschehen? Und da stehen wir vor einem Phänomen. Einerseits sind uns Kinder enorm wichtig, Bildung ist uns wichtig, andererseits, wie das Frau Stächelin sehr genau ausgedrückt hat [zu Beginn derselben Sendung], foutieren wir uns um Kinder. Wir sagen, ja, du musst selber schauen. Ich finde, der Kern der Bildung ist, dass wir den Kindern das beibringen müssen, was wir als wichtig erachten. Im Rahmen einer pädagogischen, liebevollen Beziehung. Aber wir Erwachsenen müssen definieren, was wichtig ist. Sicher nicht die Kinder – sonst lassen wir sie alleine, das löst natürlich bei vielen Kindern Stress aus.

Aber was heisst das in der Konsequenz? Man müsste eigentlich wieder zurückkehren zu einer Art – sagen wir mal – reformiertem Frontalunterricht?

Überhaupt nicht, es gibt ja ganz viele andere didaktische Formen, das heisst nicht nur Frontalunterricht. Das heisst aber – und das wollen die Kinder wissen – was ist mir wichtig. Und das betrifft vor allem Inhalte. Man vergisst, dass Kinder eigentlich wegen den Inhalten in die Schule wollen. Das ganze Sozialverhalten, das wird total überbewertet. Also Pünktlichkeit und alles das, das sind sehr viele kontextuelle Faktoren. Wenn ein Kind nicht pünktlich ist in der Schule, heisst das nicht zwingend, dass es später so bleibt. Es heisst,

dass die Erwachsenen mir etwas beibringen sollen, mit einer gewissen Leidenschaftlichkeit – ich [der Lehrer] finde das wichtig und jenes wichtig, dafür lohnt es sich, etwas zu lernen. Und nicht denken – ja du musst selber die Antwort suchen, du musst ... Viele Lehrpersonen werden angehalten, den Kindern gar keine Antworten zu geben. Nein, das musst du jetzt diskutieren mit deinen Kollegen. Und da fühlen sich die Kinder wie betrogen: Ich muss da in diese Zwangsinstitution, ich muss, ich wurde nicht gefragt und da sagen sie mir gar nicht, wieso ich da hingehen muss. Das löst oft Frustrationen aus.

Nun haben wir zum einen vorhin auch festgestellt: im Prinzip gelten traumhafte Bedingungen für Kinder heutzutage. Im Vergleich zu früheren Zeiten geht es Kindern und Jugendlichen objektiv gesehen sehr viel besser und gleichzeitig tauchen immer öfter Klagen auf. Eben wie über Leistungsdruck. Das ist eigentlich ein gewisses Paradox, was hier zu beobachten ist. Wie erklären Sie dieses Paradox?

Also sagen wir mal so: Das Wohlbefinden des Kindes hängt ja von ganz vielen verschiedenen Faktoren ab: Gesundheit, politische Situation ... Die Gesamtsituation ist natürlich schon gut – aber das Wohlergehen der Kinder hängt auch davon ab, dass wir kindgerecht auf sie zugehen. Und das heisst, dass wir ihnen in der Schule Freiraum lassen, nicht gleich immer mit diesen Persönlichkeitsbeurteilungen kommen. Die Kinder erleben es so – in Lernberichten, ..., er ist pünktlich, nicht pünktlich, gut, hoch, ... Er erlebt es ganz anders, wenn es einen Inhalt betrifft. Er sagt dann: «Ja in der Mathe bin ich nicht gut.» Solche Faktoren sind für Kinder entscheidend. Sie haben dann das Gefühl: Jetzt wird schon über mich als Mensch geurteilt. Jetzt müssen wir uns vorstellen, wie wir als Erwachsene das wahrnehmen würden. Wenn wir in die Schule gehen und arbeiten gehen und konstant immer Beurteilungen, Feedback bekommen. Wir würden genau gleich leiden. Kürzlich ist ein Junge zu mir gekommen, der war 12-jährig und sehr neugierig, eigentlich ein guter Junge und ich habe gefragt, wie geht es in der Schule? Darauf hat er gesagt: «Das ist fürchterlich. Immer Strichli, Feedback, Berichte, Strichli, Strichli. Konstant bin ich dem ausgesetzt. Sollen doch die Lehrer einfach mal sagen, was wichtig ist, uns das beibringen, didaktisch geschickt, das ist doch wichtig und nicht diese permanente ...» Ich habe das Gefühl, die Schule hat vergessen, was Kinder sind. Also nicht die Lehrpersonen, aber diese ganze Reform. Aber da ist man ohnmächtig, man weiss gar nicht, wieso das geschehen ist. Ich bin ganz sicher, wir können nicht stolz auf unser Zeitalter sein. Ich bin sicher, in 10, 20 Jahren wird man zurückblicken und fragen: Was ist da falsch gelaufen?

«Was ist da falsch gelaufen» gibt natürlich auch ein Stichwort dahingehend, dass man nach den Eltern schaut und sich fragen muss – und das schien im Beitrag eben auch kurz auf – ob nicht Eltern gewisse Abstiegsängste an die Kinder weitergeben und sie damit zusätzlich noch unter Druck setzen und auch empfänglich machen für diese kritischen Methoden.

Es ist natürlich etwas Kollektives. Es sind nicht nur die Schulen, die Reformen schuld, sondern es ist eine kollektive Tendenz. Früher hat die Schule die Kinder oft auch geschützt. Man hat die Kinder in die Schule geschickt und dann hat man nicht viel erfahren. Jetzt können natürlich die Eltern sehr viel mehr mitreden, was eigentlich gut ist. Aber die Gefahr ist, dass sie dann auch versuchen zu identifizieren, was die Erfolgsfaktoren sind. Und da herrscht bei uns die Auffassung, je akademischer, je mehr Bildung, desto besser. Das empfinde ich auch in dieser Vergrößerung als einen Irrtum. Sondern die Schule, vor allem die Volksschule, bildet mal die Grundlage, was man wissen muss. Aber je mehr Bildung, desto besser, diese Gleichung stimmt nicht.

Jetzt haben wir vorhin auch gehört, dass es zunehmend Rückmeldungen an das Kind gibt anhand von fein austarierten standardisierten Rastern. Halten Sie das für sinnvoll, dass Kinder eigentlich früh derart detaillierte Rückmeldungen bekommen? Steht da nicht plötzlich auch die ganze Persönlichkeit eines Kindes zur Disposition?

Ich persönlich finde, das macht keinen Sinn. Man erreicht die Kinder gar nicht. Das hat Frau Stächelin gut ausgedrückt: Worte sind viel besser, Worte im Rahmen einer Beziehung. Wenn eine Lehrperson zu einem bestimmten Kind spricht und dann weiss, was das Kind annehmen kann, nicht annehmen kann – solche Dinge haben einen sehr hohen, grossen Wert. Aber das zu standardisieren ist etwas ganz Fremdes, ist nicht kindgerecht. Sie verstehen das auch nicht, sie empfinden das vielleicht wie einen Dolchstoss. Ich würde das ganz streichen, das macht keinen Sinn.

Deutsch. Eine Sprache wird malträtiert

Journal 21, 8.3.2018

Von Carl Bossard

In einer grossen Schweizer Stadt überqueren nun «Zufussgehende» die Strassen. Auf Weisung von oben, heisst es. So wird Sprache verunstaltet. Sprachbildung in der Schule ist dringender denn je. Ein Weckruf.

„Den Beamten verschlägt’s die Sprache“, so lautet der Titel eines kleinen Artikels.¹ Eine unscheinbare Notiz zur Sprache der eidgenössischen Verwaltung. Sie befragt im Moment rund 38’000 Bundesangestellte zu ihren Sprachkompetenzen – dies im Rahmen des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen GER. Wörtlich: „Es handelt sich [dabei] um eine Anpassung des GER-Niveaus, um den in der Sprachverordnung (SPV) gewählten Begriff ‚passive Kenntnisse‘ operationalisierbar zu machen.“

Nebulöse Worthülsen aus Bundesbern

Passive Kenntnisse operationalisierbar machen: Solche Sätze zeugten von einer beispiellosen Sprach-Inkompetenz, urteilt ein Experte und fügt hinzu: Die Unterlagen seien in einer Fachsprache formuliert, die vielleicht für Linguisten geeignet sei, nicht aber für einen Fragebogen.

Ein zweites Beispiel aus der Bundesverwaltung: „Dass es längerfristig, primär aus Gründen der demografischen Alterung, einen finanziellen Mehrbedarf gibt, hat der Bundesrat nicht in Abrede gestellt.“² Knapp und konkret heisst das wohl: „Die Leute werden immer älter, also kostet die AHV mehr; das bestreitet der Bundesrat nicht.“

Hochtrabender Sprachschwulst

„Für zünftige Sprachbeamte ist der übersetzte Satz wohl zu simpel, zu verständlich, zu wenig beeindruckend“, meint der Philosoph und Publizist Ludwig Hasler und analysiert: „Darum beginnen sie gleich mit einem Nebensatz (,dass es längerfristig ...‘), dann verschachteln sie, so gut es geht (,dass es längerfristig, primär aus Gründen ...‘), gleichzeitig verwischiwaschen sie: ‚längerfristig‘. Was heisst das? Ich unterscheide: kurz-, mittel-, langfristig. Ist ‚längerfristig‘ länger als langfristig? Wollen sie damit sagen: Es dauert noch unendlich lange? Also keine Angst? Trotz der ‚primären Gründe der demografischen Alterung‘?“

„Merkwürdig“, so Hasler, „dieser Plural, wo unsereins denkt: Erst kommt der primäre Grund, dann der sekundäre ... Doch bei einem sprachlichen Meisterstück wie ‚demografische Alterung‘ gilt wohl eine andere Logik: Altert nun bereits die Demografie?“

¹ Eva Novak: Den Beamten verschlägt’s die Sprache. In: Luzerner Zeitung, 18.02.2018, S. 5

² Ludwig Hasler: Schreiben ist geschäftiger Müssiggang. Vortrag PH Zug, 24.05.2007. Msc. unpubl.

Jedenfalls droht ein ‚finanzieller Mehrbedarf‘.³

Deutsch wird zum „echten Problem“

So geht es dahin, in grösstem Sperrholzdeutsch und mit garstigen Nominalkonstruktionen, und wenn man sich durch solche Texte gequält hat, fühlt man sich, als hätte man eine Tüte Mehl gegessen. Doch so läuft helvetische Offizialschreibe – als pseudowissenschaftliches Sprachgewölk, das nur einen Zweck erreicht: Statt das Problem zur Sprache und auf den Punkt zu bringen, palavert sie die Sache mit geschraubten Floskeln ins Land hinaus.

Deutsch sei in der Verwaltung „ein echtes Problem“, verkündete Justizministerin Simonetta Sommaruga vor einiger Zeit. Darum bot sie über hundert Bundesbeamte zu einer Schreibwerkstatt auf. Hier sollten sie für die bundesrätlichen Sprechnotizen eine Sprache lernen, die auch ein Durchschnittsbürger verstehe.⁴ Viele Verwaltungsmitarbeiter texteten unverständlich, so Sommaruga.

Gutes Deutsch ist verständliches Deutsch

Der hochtrabende Wortschwulst kursiert überall. In der Ökonomie überschlagen sich die Phrasen: „einer beschleunigten Dekomposition der Wertschöpfungskette entgegenarbeiten“ usw. Die Juristensprache steht dem in nichts nach: „vorbehaltlich einer noch abzuschliessenden tarifvertraglichen Regelung bezüglich Ergänzung weiterer multimedialer Verwertungsrechte der allgemeinen Bedingung zum Vertrag der ...“ Und erst der Pädagogenslang: „Leider müssen wir Ihnen, liebe Eltern, mitteilen, dass bei wiederholtem Nichtkooperieren bezüglich Kindergartenregeln gewisse Umsetzungen realisiert werden, die im Einzelfall zur Anwendung kommen.“

„Wörter waschen!“, heisst Bert Brechts kluger Rat – oder eben die Sprache reinigen. Denn „gutes Deutsch ist verständliches Deutsch“, weiss Wolf Schneider, deutscher Sprach-Profi und Autor. Mager schreiben sei das Prinzip anerkannter Journalisten. Doch dahinter stecke Schwerarbeit. Einer müsse sich eben plagen, meint Schneider, entweder der Schreiber oder die Leserin. Unter den Journalisten geniesst er einen ähnlichen Ruf wie Günter Netzer bei den Fussballfans. Doch sein Credo bleibt in Bundesbern ungehört.

Mit dem Ausweis der Unverständlichkeit

Vielleicht liegt die Ursache des Problems im tertiären Bildungssystem verortet. Akademisch belohnt werde, so die Klage, wer in seinen Texten monströse Konstruktionen und viel Fachjargon verwende. Der sprachensible Wolf Schneider spricht darum vom „Nachweis der Wissenschaftlichkeit durch den Ausweis der Unverständlichkeit“. Hat er so Unrecht?

Wie wohltuend tönt es dagegen aus der ETH Zürich. Das Departement Umweltsystemwissenschaften fordert von einer wissenschaftlichen Arbeit, dass sie „kurz und klar“ sei, und fügt bei: Stilistisch „zeichnet [sie] sich durch eine leicht verständliche Sprache aus, d. h. kurze Hauptsätze, höchstens Nebensätze ersten Grades, keine Schachtelsätze. Der Text lässt sich leicht laut lesen. Man versteht ihn beim Anhören sofort.“

Ein Satz von programmatischer Prägnanz. Schriftsteller mit ihrer kreativen Fantasie sind da stilistisch allerdings freier. Denken wir nur an Thomas Mann.

Die Volksschule ist gefordert – auch das Gymnasium

Die Sprache zeugt Welt; sie wird ihrerseits über Sprache fassbar. Wahrnehmen und Denken sind mit Sprache verbunden. Doch in den Primarschulen fristet Deutsch ein eher marginales Dasein, konkurrenziert von Früh-Englisch und Mittelfrüh-Französisch. Dazu

³ Ludwig Hasler: Des Pudels Fell. Neue Verführung zum Denken. Frauenfeld: Verlag Huber, 2010, S.198.

⁴ Markus Häfliger: Besser Texten mit Simonetta Sommaruga. In: NZZ online, 24.07.2012.

werden kaum mehr Texte geschrieben, geschweige denn minutiös analysiert, individuell besprochen und verbessert. An die Stelle zusammenhängender Antworten tritt oft das Zustöpseln von Lückentexten; Deutschprüfungen mutieren zu Ankreuztests. Die Zeit zum Üben fehlt. So verkümmern kohärentes, exaktes Schreiben, inhaltlicher Reichtum und sprachliche Differenzierung.

Die Schule sollte hier gegen den Stachel löcken. Wer in einer globalisierten und englisch dominierten Welt sprachlich mithalten will, hat es leichter, wenn er zuvor auch in der Muttersprache Deutsch den Meister gemacht und kohärent formulieren gelernt hat. Deutsch ist und bleibt der zentrale Schlüssel zu vielen Fächern, Sprache der Königsweg zur Kultur.

Junge Menschen zu einer präzisen Sprache führen

Jeder Gedanke hat einen Körper, die Sprache. Ihr ist Sorge zu tragen; sie ist zu trainieren – wie ein Instrument oder eine Sportdisziplin. Konsequenz und intensiv. Das ist elementare Pflicht der Schule und eine ihrer anspruchsvollsten Aufgaben. Kinder und Jugendliche zu einer klaren und präzisen Sprache zu führen, diese Aufgabe wird heute angesichts der fragmentierten Lebenswelt nicht leichter. Im Gegenteil. Doch sie bleibt als Auftrag.

Kein „Neusprech“ wie in Orwells „1984“

Denn dort, wo Sprache verödet, veröden Wahrnehmung und Denken. Das will ja auch der „Big Brother“ in George Orwells Roman „1984“. Der Sprachwissenschaftler Syme bastelt am Wörterbuch des „Neusprech“. Zur Hauptfigur des Romans, Winston Smith, sagt Syme: „Siehst du denn nicht, dass Neusprech kein anderes Ziel hat, als die Reichweite der Gedanken zu verkürzen?“

Diese Gefahr ist heute evident. Darum muss die Schule sprachliche Grenzen öffnen und weiten. Das ist ihre ureigene pädagogische Aufgabe. „Die Grenzen meiner Sprache bedeuten die Grenzen meiner Welt“ (Ludwig Wittgenstein). Die sprachliche Welt darf kein Gefängnis sein. Denn „ohne Sprache bin ich wie eingesperrt“, singt Papageno in Mozarts aufklärerischer „Zauberflöte“.

Volk stimmt bei den Tagesschulen über 75 Millionen Franken ab

Tages-Anzeiger 8.3.2018, Zürich

Das städtische Parlament hat einen Kredit bewilligt, damit die Stadt Zürich das Tagesschul-Modell an die veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse anpassen und ausweiten kann.

Thomas Zemp

Schulvorsteher Gerold Lauber hat gestern fast einhellige Zustimmung zur wichtigsten Vorlage seiner langen Politikkarriere erhalten: Der Gemeinderat hat einem Millionenkredit für den zweiten Schritt des Projekts Tagesschule 2025 deutlich zugestimmt. «Sie stellen heute Weichen von historischer Dimension», sagte der CVP-Stadtrat. In einer kurzen Dankesrede an Lauber nannte Isabel Garcia von der GLP den Ausbau der Tagesschulen eine «Jahrhundertreform».

Vor dem Volk wird Lauber die Vorlage aber nur teilweise vertreten: Sie kommt am 10. Juni zur Abstimmung, am gleichen Tag übrigens wie die Erneuerungswahlen der Kreisschulbehörden stattfinden. Lauber wird seinen letzten Arbeitstag dreieinhalb Wochen zuvor haben.

Stimmt die Bevölkerung wie der Gemeinderat der Vorlage zu, kommen für die zweite Phase zu den bisherigen 6 Pilotschulen, die die Tagesschule schon eingeführt haben, 24 neue dazu. Bis ins Jahr 2022 sollen es 30 sein - dafür ist der 75-Millionen-Franken-Kredit. Bis 2025 soll das Modell auf alle 100 Schulen der Stadt ausgeweitet werden.

6 Franken für ein Mittagessen

In den Grundzügen sieht das Zürcher Tagesschulmodell Folgendes vor: Die Mittagspause wird von 110 auf 80 Minuten verkürzt, die Schulkinder erhalten für 6 Franken eine warme Mahlzeit und werden betreut. Die Schüler bleiben je nach Schulstufe einen bis vier Nachmittage in der Schule, an diesen Tagen bleiben sie zum Mittagessen dort. Eltern können ihre Kinder davon abmelden, wenn sie sie selber über den Mittag betreuen wollen. In der ersten Pilotphase haben Eltern nur gerade etwa 10 Prozent der 1400 Schülerinnen und Schüler abgemeldet.

Als Erfolgsmodell wurde das Pilotprojekt gestern von fast allen Seiten gelobt. Zurück geht es auf Motionen der SP und der FDP. Deshalb wurde es im Rat auch als letztes Projekt der «rosa-blauen» Koalition bezeichnet.

Für die FDP sichern die Tagesschulen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sie verlangen aber auch die «nötige Eigenverantwortung», wie Fraktionschef Michael Schmid sagte. «Das Hauptziel der FDP ist eine hohe Bildungs- und Betreuungsqualität bei weniger Kosten für Personal und Infrastruktur.» Für die SP stehen laut Jean-Daniel Strub die Bildungsgerechtigkeit und die guten Startchancen für alle Kinder und Jugendliche in der Stadt im Vordergrund. Die Grünen und die CVP betonten zusätzlich Aspekte wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Chancengerechtigkeit, die Tagesschulen bieten. Garcia von der GLP nannte das Modell des Schul- und Sportdepartements «bestehend einfach und bodenständig».

Bevormundung der Eltern

Kritik kam von der SVP und der AL - jedoch aus ganz unterschiedlichen Gründen. Die SVP forderte ein offeneres und freiwilliges Modell und nur maximal 20 Schulen für den zweiten Teil der Pilotphase. Die Kinder seien überfordert und gestresst im «Hamsterrad der Tagesschule», sagte Fraktionschef Martin Götzl. Das sei Schulpolitik auf dem Buckel der Kinder, es sei eine Bevormundung der Eltern. Der Antrag auf Reduktion wurde vom Rat klar abgelehnt.

Im Gegensatz zur SVP wollte die AL die Vorlage ausbauen. Ihr Vorschlag, für die Aufgabenhilfe zusätzliche 4,6 Millionen Franken zur Verfügung zu stellen, war erfolgreich - bis auf die SVP stimmten alle anderen Fraktionen zu. Rosa Maino von der AL forderte zudem, dass Eltern nicht fix 6 Franken pro Kind für ein Mittagessen bezahlen sollten, sondern dass der Betrag einkommensabhängig zwischen 4.50 und 12 Franken variieren sollte. Der Antrag wurde abgelehnt.

Knapp zugestimmt hat der Gemeinderat weiteren 2,2 Millionen Franken. Schulen ab der 5. Klasse sollen neu an vier und nicht nur an drei Nachmittagen unterrichten können. Das sei kindergerecht, weil so der Unterricht ausgewogen auf die Tage verteilt werden könne, fanden die drei linken Parteien SP, Grüne und AL.

Der Stadtrat hatte einen Kredit von 67,8 Millionen Franken beantragt, durch die beiden Abänderungsanträge hat sich dieser nun auf 74,6 Millionen erhöht. Davon werden knapp 22 Millionen Franken für bauliche und infrastrukturelle Anpassungen in den Schulhäusern eingesetzt.

Tagesschule: Segen und Gedeih oder Fluch und Verderb?

FRAKTIONSERKLÄRUNG

Martin Götzl, Gemeinderat Fraktionschef SVP Stadt Zürich

Lernen, Kompetenzen, Fertigkeiten, Fähigkeiten, Skills, Leistungsorientierung oder Vorbereitung aufs Berufsleben. Dies wollen wir alle für die Kinder, denn die Kinder sind unsere Zukunft! Doch, wie die Kommune die besten Bildungsmöglichkeiten zu bewerkstelligen hat, herrscht grosse Uneinigkeit. Dies beweisen auch die zahlreichen Begleitvorstösse und die «Hauruck-Terminierung» dieser Vorlage.

Für die SVP stehen die einleitenden Attribute im Zentrum. Deshalb lehnt die SVP die staatliche Tagesschule im Grundsatz ab und betrachtet diese nicht als zielführend für beste Bildungschancen. Unbestritten ist, dass in der Stadt Zürich aufgrund verschiedener Familienmodelle ein Bedarf nach Tagesschulen vorhanden ist. Insofern gilt es, ein Grundangebot bereitzustellen, obschon dies die Bildungschancen/-qualität unserer Kinder nicht steigern wird.

Was der Stadtrat und die Lifestyle-Parteien fordern, wird beachtliche Konsequenzen und Begleiterscheinungen haben, sowohl auf die Kinder wie auch auf die Lehrerschaft und auf einen gesunden Staatshaushalt! Diese Negativpunkte werden verschwiegen, kleingeredet oder mit schmackhaften, aber nicht wahrheitsgetreuen, Versprechen versüsst.

In einem ersten Pilotprojekt mit sieben Tagesschulen wurden einige Erfahrungen gemacht. Durchaus bemerkenswert war die Nachfrage. Lediglich zehn Prozent der Eltern haben ihre Kinder in der Pilotphase I von der Teilnahme am Tagesschulversuch abgemeldet. Hierzu gilt es, festzuhalten, dass die festgelegten Preise für die Betreuung und das Mittagessen den Eltern nahezu keine Möglichkeit lassen, ihr Kind abzumelden. Nur ein sehr geringer Betrag wird verrechnet und 80 Prozent der Kosten trägt die Allgemeinheit. Dies schliesst so gut wie aus, dass die Mittagsverpflegung/-betreuung durch Private übernommen werden könnte, welches ohne Zweifel dienstleistungsorientierter wäre.

Die Mehrheit der teilnehmenden Kinder, Eltern und Lehrpersonen sind mit der Tagesschule «Pilotphase I» zufrieden. Dennoch dürfen die Schwächen und Defizite nicht verschwiegen werden.

Schliesslich gab der Gemeinderat den Auftrag, die Qualität der Tagesschulen in der Pilotphase I durch eine externe Firma beurteilen zu lassen. Markanteste Kritikpunkte waren der übermässige Lärm über die Mittagszeit, die fehlenden Rückzugsmöglichkeiten für Kinder und Lehrpersonen sowie die daraus resultierende Ermüdung der involvierten Kinder und Erwachsenen.

Kindergärtner/-innen werden ab dem fünften Lebensjahr in den Tagesschulbetrieb integriert. Sie verbringen somit mindestens sieben lange Stunden in vollen Schulhäusern und das zweimal pro Woche sowie ab der ersten Klasse gar dreimal pro Woche. Dass vor allem Kleinkinder diesen Stress schlecht verkraften, ist einsehbar. Müdigkeit, nachlassende Konzentration oder reduzierter Bildungserfolg sind logische Folgen. Das Sorgentelefon für Kinder verzeichnet immer mehr Anrufe. Medizinische Befunde sprechen schon von Kindern als Burnout-Patienten.

Seit Jahren wird die Schulraumpolitik der Stadt Zürich kritisiert. Die AL sprach von komprimierten Schulkindern in übervollen Schulhäusern und bemängelte wiederholt das Abschieben von Schülern in Containerschulen. Der Schulunterricht in einem Seebacher Kellerraum offenbarte schliesslich, dass das Schulamt und die IMMO mit der Schulraumplanung deutlich überfordert sind. Explodierende Schülerzahlen und endlos

wachsender Flächenbedarf für Unterricht, Betreuung, Verpflegung sowie Sport und Spiel stürzen die Schulen in ein endloses Gedränge und Verdichtung ohne Ende. Es gibt zum Teil gar Schulcontainer auf dem Pausenplatz. Dies alles bedeutet zunehmender Stress für Schulkinder und Lehrpersonen. Und nun sollen in Pilotphase II 30 Zürcher Schulen ins Hamsterrad «Tageschule» gepresst werden.

Das ist Schulpolitik auf dem Buckel der Kinder! Die SVP votiert dafür, die Tagesschulen offener und freier zu gestalten. Für Pilotphase II sollen Eltern, Kinder, Lehrpersonen und die Schulraumplanung von überhöhtem Druck und Stress befreit werden. Die gebundene Tagesschule soll zur offenen Tagesschule werden. Eltern sollen frei entscheiden, wie viele Mittag sie ihre Kinder zur Tagesschulverpflegung anmelden. So kann situativ auf die Bedürfnisse der Kinder eingegangen werden. Und in den Schulen reduzieren sich Lärm und Stress, weil über Mittag weniger Schüler anwesend sind.

Unterstützen Sie eine Schulpolitik zugunsten unserer Kinder. Gestalten Sie die offenen Zürcher Tagesschulen so kinderfreundlich wie nur möglich! Mit der vorliegenden Weisung und den zahlreichen Begleitvorstössen ist dies nicht gegeben.

Die SVP wird dieses Projekt deshalb entschieden ablehnen.

Nicht immer ein leichter Zmittag

Tagblatt der Stadt Zürich, 13.9.2017

Von Jan Strobel

Tagesschulen 2025 Das Projekt stösst auf breite Akzeptanz. Dennoch empfinden manche Lehrpersonen die Mittag als anstrengend.

Das Projekt Tagesschule 2025 ist zweifellos der grösste Umbau in der jüngeren bildungspolitischen Geschichte der Stadt. Es soll einerseits die Bildungsgerechtigkeit in der Volksschule fördern und die Organisation von Unterricht und Betreuung optimieren, andererseits die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern. Aktuell setzen sechs Stadtzürcher Schulen das Projekt um: Aegerten, Albisriederplatz, Am Wasser, Blumenfeld, Leutschenbach und Schauenberg. In einer zweiten Projektphase sollen zwischen 2018 und 2022 gestaffelt weitere 24 Schulen in das Modell überführt werden. Darüber soll die Stadtzürcher Stimmbevölkerung voraussichtlich im Juni 2018 abstimmen.

«Nur noch Aufpasser»

Eine externe Evaluation zeigte eine breite Akzeptanz sowohl bei Eltern und Kindern als auch beim Schulpersonal. Die Teilnahmequote der Schüler in den sechs Pilotschulen liegt gemäss dieser ersten Bestandsaufnahme bei 90 Prozent. Allerdings, auch das zeigt die Evaluation, empfinden Lehrpersonen die Mittag zum Teil als anstrengend. Diesen Befund bestätigt auch eine Lehrperson, die in der Mittagsbetreuung einer Tagesschule arbeitet und anonym bleiben möchte, gegenüber dem «Tagblatt». Zwar steht sie vollumfänglich hinter dem Projekt, bringt aber auch eine gewisse Überforderung bei der Mittagsbetreuung zum Ausdruck. «Das kommt manchmal einem Durchlaufbetrieb gleich», sagt sie. «Man wird dann nur noch zum Aufpasser. Auf das einzelne Kind können wir unter diesen Umständen nicht immer wirklich eingehen.»

An gewissen Schulen, so die Lehrperson, sei ihrer Meinung nach zu wenig Platz vorhanden. Das zu ändern, sei häufig eine Frage der Improvisation. Turn- bzw. Mehrzweckhallen würden zu Speisesälen umfunktioniert. «Eigentlich müssten in Zukunft zusätzlich noch richtige Mensas gebaut werden. Das wäre die optimale Lösung», ist die

Lehrperson überzeugt.

Beim Schulamt ist man sich bewusst, dass die Mittagsbetreuung durchaus als zusätzliche Belastung erlebt werden kann. Die Evaluation in fünf Pilotschulen zeigt auch, dass manche Lehrpersonen die Abgrenzung gegenüber Schülern schwierig empfanden und den Austausch mit Kollegen über Mittag vermissen.

Das Schulamt betont jedoch, dass die Beteiligung der Lehrpersonen an der Mittagsbetreuung freiwillig bleibe und niemand gezwungen werde. Zudem werde es im Gesamtpensum einer Lehrperson berücksichtigt, wenn sie in der Mittagsbetreuung tätig sei. «Die Verpflegung nimmt nur eine kurze Zeit der Mittagsbetreuung in Anspruch», so Regina Kesselring vom Schulamt. «In der freien Zeit stehen Kindern verschiedene Aktivitäten zur Verfügung, die von Betreuungs- und Lehrpersonen begleitet werden.» In diesen Settings bestehe die Möglichkeit, sich den einzelnen Schülern zu widmen.

Keine neuen Mensas

Im Rahmen der Projektphase II werden für die Einführung der Tagesschulen keine neuen Mensas gebaut, stellt das Schulamt klar. In den jetzigen Pilotschulen würden die Kinder nicht in Sporthallen essen, für die Verpflegung könnte aber unter Umständen der Mehrzwecksaal mitbenutzt werden. «Die Verpflegung aller Kinder ist sichergestellt, wobei das Mittagessen in zwei Etappen eingenommen werden kann. Bei den notwendigen baulichen und infrastrukturellen Massnahmen geht es in den meisten Fällen um die Erweiterung der Küchenkapazität», sagt Kesselring.

Überdies entspreche der Raumbedarf der Tagesschulen demjenigen einer Regelbetreuung des heutigen ungebundenen Betreuungsangebots für 70 Prozent der Schüler. «Der Ausbau der Betreuung erfolgt kontinuierlich aufgrund der steigenden Schülerzahlen und des wachsenden Bedarfs nach schulischer Betreuung.» Auch unabhängig von den Tagesschulen sei in Zukunft zusätzlicher Raum zu schaffen, um den Betreuungsbedarf abzudecken.

Im Schuljahr 2016/17 besuchten etwa 30 250 Kinder und Jugendliche die Volksschule der Stadt Zürich. Gegenüber dem Vorjahr entspricht das einer Zunahme von rund 1070 Kindern. Bis 2024/25 rechnet das Schulamt mit einer weiteren Zunahme um etwa 24 Prozent an Kindern, die eine Regelklasse der Volksschule oder einen städtischen Kindergarten besuchen.

Der Mythos der gerechten schulischen Selektion

NZZ 9.3.2018, Meinung & Debatte, Gastkommentar

CHANGEGLEICHHEIT MITTELS INTEGRATION?

von Urs Haebelin

Die gegenwärtige Debatte über schulische Integration ist häufig auf die Separation von schulleistungsschwachen Schülern in Kleinklassen (sogenannte «Lernbehinderte») verengt. In diesen Klassen befanden sich in den vergangenen Jahren fast nur noch Ausländerkinder aus Familien mit geringem Bezug zu unserer Bildungsmentalität. Durch die Integration in Regelklassen sollen sich ihre Chancen auf Bildungs- und Berufszugänge verbessern. Aber die Fokussierung auf die Integration der Kleinklassenschüler reduziert die Problematik auf eine Detailfrage.

Chancengleichheit durch die Schaffung von Integrationsklassen gilt als bildungspolitisch

modern. Gemeint ist die Vorgabe von Quoten in Sekundarschulen, Gymnasien und Universitäten, die sich nach Geschlecht sowie sozialer und ethnischer Herkunft an den prozentualen Anteilen in der Bevölkerung orientieren. Bisher wurde kaum problematisiert, ob sich «Integration» mit «Chancengleichheit» überhaupt verträgt. Die Chancengleichheit-Idee entspricht einem Bildungswesen, in welchem mit fortschreitenden Schuljahren die Leistungsstarken von den Leistungsschwachen getrennt werden.

Unerquickliches Wettkampfklima

Bildungssoziologische Forschungen zeigen, dass das Ideal einer Selektion nach Begabung stets durch Merkmale wie soziale und ethnische Herkunft sowie Geschlecht verzerrt ist. Allein der Umzug von einer Region in eine andere kann die Chancen, beispielsweise auf den Übertritt ins Gymnasium, wesentlich verändern. Der Glaube an eine «wissenschaftlich objektive» Selektion nach Begabung ist zum grossen Teil Aberglaube. Dies gilt auch für den Glauben an die Herstellbarkeit von Chancengleichheit durch Integrationsklassen. Zwar hat die frühere Separation in Kleinklassen für einige Betroffene Chancengerechtigkeiten zementiert. Aber das generell durch Selektion separierende Schulsystem hat sich nach der Abschaffung dieser Klassen nicht integrativ verändert.

Die «Inklusionsromantik» einer oft praxisfernen pädagogischen Hochschulelite macht offenbar blind für das weiter vorherrschende separierende Selektionsprinzip der Schul- und Bildungstypen sowie der Berufe. Der Glaube an eine Verbesserung der Bildungs- und Berufschancen für immer mehr Jugendliche und Erwachsene ist Augenschwärmerei. Arbeitsplätze in der oberen Hälfte der Berufshierarchie werden nicht beliebig zunehmen. Erfolgreiche soziale Aufsteiger werden folglich Absteiger aus bisher privilegierten Bevölkerungssegmenten produzieren.

So verschärft sich der Run auf schulische und berufliche Chancen. Verlierer werden Opfer dieses fatalen Wettkampfklimas. Die traditionell privilegierten Familien werden höchst selten wünschen, dass ihre Nachkommen zu sozialen Absteigern werden. Deshalb wirken sie dem mit der Finanzierung von Nachhilfeunterricht und dem Privatschulbesuch entgegen.

Viele Eltern aus der Mittel- und der Oberschicht sind heute schon ab dem Kindergarten auf den zukünftigen Wettkampf fixiert. Die damit einhergehende Entwertung von «integrierten» Schulschwachen wird in Kauf genommen. So ist zu befürchten, dass wir infolge der bildungspolitischen Vermischung von Integration mit Chancengleichheit unmerklich weiter in die Separation der Erfolgreichen von den Erfolglosen abdriften. Versagende werden ihre Entwertung in Zukunft eher noch mehr spüren als bisher.

Triebfeder Akademisierungsboom

Zwar loben Politiker das schweizerische duale Bildungssystem und damit die Bedeutung der Berufslehren. Aber ein grosser Teil der Bevölkerung hat sich den importierten Glauben an Akademisierung angeeignet. Beispielsweise scheint sich im Kanton Zürich die Tendenz zum Übertritt ins Gymnasium nach der 6. Primarklasse laufend zu verstärken. Dies, obschon es in den siebziger Jahren den Trend zu einer Reform gegeben hatte, welche das Langzeitgymnasium durch die Orientierungsstufe auf Sekundarstufe I ersetzen wollte. Der damaligen Reformtendenz wird nicht einmal dadurch Rechnung getragen, dass in der Sekundarschule die gleichen Lehrbücher benützt werden müssen wie im Progymnasium.

Wer aus der Sekundarschule die Aufnahmeprüfung für das Kurzzeitgymnasium bestanden hat, beginnt dieses zusammen mit Schülern des Progymnasiums, dessen Lehrbuchinhalte vorausgesetzt werden. Es erwartet sie eine Probezeit, in der sie gegenüber den «Langzeitgymnasiasten» durch die Lehrbuchdifferenz (z. B. Vokabular in den Fremdsprachen) benachteiligt sind.

Wen wundert's, dass vermögende Eltern ihre Kinder nicht nur vor der Aufnahmeprüfung, sondern auch während der Probezeit samstags, ja gar sonntags in Nachhilfekurse schicken, um die fehlenden Inhalte nachholen zu lassen? Angesichts der durch die Presse bekanntgewordenen Ausfallquoten nach der Probezeit im Kurzzeitgymnasium ist der derzeitige Run auf das Langzeitgymnasium durchaus nachvollziehbar. Einige ältere Leser erinnern sich vielleicht, dass in früheren Zeiten in Zürich die «Langzeitgymnasiasten» (damaliges Real- und Literargymnasium) von den «Kurzzeitgymnasiasten» (damalige Oberrealschule) getrennt waren und Lehrmittelfreiheit keine Probleme verursachte.

Maturitätsdünkel

Der Drang vieler Eltern zur frühen Selektion ihrer Kinder ist auch dadurch verstärkt worden, dass für immer mehr Berufsausbildungen eine Maturität verlangt wird. Ausserdem haben Zuzüger aus Nachbarländern mit traditionell elitärem Bildungsdünkel den Drang zum Langzeitgymnasium importiert. So ist bekannt, dass es in Deutschland seit je eine breite Bildungsschicht gibt, die mit allen Mitteln den Übertritt ihrer Kinder aus dem vierten (!) Grundschuljahr in ein achtjähriges Gymnasium anstrebt.

Auf die Zunahme des Maturitätsfimmels hat die Schweizer Bildungspolitik mit der Schaffung von bald unzähligen Fachmaturitäten und Berufsmaturitäten reagiert. Seither grenzt sich auch in den Berufslehren die Gruppe der schulisch «Weiterkommenden» von jener der schulisch «Stehenbleibenden» ab. Einerseits gibt es nun ein Angebot von Chancen für vorerst Gescheiterte. Andererseits aber werden Mutlose und gleichwohl Scheiternde in ihrem Selbstbild als Versager verstärkt.

Ein Teil der früheren praxisorientierten Berufs- und Fachschulen hat das bildungspolitische Klima dafür genutzt, den als höherwertig betrachteten Status einer Hochschule zu erkämpfen. Damit erfordert nun die Aufnahme ein Maturitätszeugnis. Die Bildungspolitiker unterstützten den Wandel zu Hochschulen in der Meinung, dass dadurch die Berufsausbildung noch besser werde, und mit der Forderung, dass sie sich aber deutlich von einer akademischen Universitätsausbildung unterscheiden müsse.

Inzwischen zeichnet sich ab, dass sich einige Fachhochschulen den wissenschaftlichen Ansprüchen einer Universität anbieten und sich von einer Berufsbildung mit praxisnahen Lehr- und Forschungsinhalten entfernen. Ihre Forschung unterscheidet sich oft nicht von universitärer Grundlagenforschung. Der Berufspraxis dienende Forschung sollte eigentlich Handreichungen entwickeln, welche die Berufsarbeit verbessern und erleichtern. Bei der Auswahl von Ausbildungs- und Forschungspersonal scheint oft die theoretisch-akademische Qualifikation wichtiger zu sein als Kompetenzen in den Berufsfeldern, für welche die Fachhochschule ausbilden muss.

Man findet beispielsweise pädagogische Hochschulen, die Personen anstellen, die wenig oder überhaupt keine Unterrichtserfahrung haben, oft nicht für den Lehrberuf ausgebildet sind und gelegentlich nicht einmal das schweizerische Schulsystem kennen. Für praxisbezogene Forschung, die für Lehrpersonen nützliche Unterrichtsleitfäden erarbeitet, braucht man doch wohl eher den Nachweis einer erfolgreichen und reflektierten Unterrichtspraxis als eine lange Liste von theorielastigen und mit unnötig kompliziertem Vokabular aufgeblasenen Sprachhülsen! Der falsch verstandene Akademisierungsschub in der Lehrerbildung dämmt den ausufernden Maturitätsglauben von Eltern natürlich nicht ein.

Kaum je wird auf ein für Insider offenes Geheimnis hingewiesen: Der Wandel der früheren Berufsdiplome zu akademischen Abschlüssen wurde nicht zuletzt von Berufsverbänden vorangetrieben. Davon kann man sich im heutigen Wertesystem eben höhere Löhne versprechen. Hinter dem Trend zur Akademisierung versteckt sich oft ein berufspolitischer Kampf um finanzielle Vorteile durch Akademikerstatus. Als Gewinner sieht sich, wer einen möglichst «hohen» akademischen Berufsabschluss erreicht, als Verlierer, wem dieser

Aufstieg nicht vergönnt ist.

Zeitgeistresistente Lehrer

All dies hat zur Pervertierung der Integrationsidee zur Separationsrealität beigetragen. Es ist umso erfreulicher, dass es viele Lehrerinnen und Lehrer gibt, die vom Akademisierungsboom unberührt bleiben und sich für eine von Materialismus freie pädagogische Gestaltung des Unterrichts engagieren. Viele unterrichten trotz Gegenströmungen mit einer auf Pestalozzi zurückgehenden pädagogischen Haltung. Wir wollen die Hoffnung nicht aufgeben, dass es weiterhin Lehrpersonen geben wird, die ihre Prioritäten unbeeinträchtigt vom Zeitgeist setzen: den Kindern und Jugendlichen Sinnvolles vermitteln, sie echte Bildung erfahren lassen und ein Gefühl des Wohls in einer Gemeinschaft von Leistungsstarken und Leistungsschwachen wecken!

Urs Haebelin war bis zu seiner Emeritierung Inhaber des Lehrstuhls für Heilpädagogik an der Universität Freiburg (Schweiz) und Direktor des Heilpädagogischen Instituts dieser Universität. Er hat während 25 Jahren zahlreiche Forschungsprojekte zu Fragen von Integration und Separation geleitet.

Leserbrief

Der Artikel über die gerechte Schule beleuchtet in anschaulicher Weise die Szenerie rund um Chancengleichheit im Bildungswesen.

Gestatten Sie mir noch vier Bemerkungen. Erstens hat man in weiten Kreisen inzwischen auch gemerkt, dass die Integration sämtlicher Kinder in normale Klassen entgegen den Erwartungen keine Stärkung der Chancengleichheit bedeutet. Bereits wurden in verschiedenen Gemeinden offiziell oder inoffiziell wieder Abteilungen eingerichtet, wo Kinder in speziellem und separatem Rahmen unterrichtet werden. Wenn, zweitens, der Drang ans Langzeitgymnasium nach der 6. Klasse enorm zugenommen hat, ist dies wohl auch auf die Zustände in der Volksschul-Oberstufe zurückzuführen. Die unsägliche Mischung aller früheren Sek-Typen und zusätzlich der Kleinklassen hat vielerorts zu Klassenverbänden geführt, welche den Eltern alles andere denn behagen. Zu oft werden die Lernerfolge guter Schüler in der Sek beeinträchtigt, weil schwache und schwierige Kinder den Unterricht zuweilen erheblich belasten. Nicht selten muss hier dann der Nachwuchs aus Mittel- und Oberschicht unbedingt ins Gymi nach dem Motto «Rette sich, wer kann». Drittens stimmt es: Viele Schulen aller Art, an welche Volksschulabgänger wechseln, sind im Laufe der Jahre zu «Hochschulen» mutiert, überall geht es um die Maturität, und alles wird akademisiert. Dabei wäre vielen Kindern auch mit «mittleren» Schulen gedient, denn im Grunde taugen gewisse Leistungen gar nicht zu einer Hochschule. Und viertens ist es erfreulich, dass sich Urs Haebelin nicht scheut, auch den symbolträchtigen Namen Pestalozzi einzubringen. An gewissen Orten droht tatsächlich die digitale Umwelt im modernen und durchtechnisierten Klassenzimmer die menschlichen Aspekte einer Schulklasse immer mehr ins Abseits zu drängen.

Hans-Peter Köhli, Zürich

Die Illusion der gleichen Chancen

NZZ 9.3.2018, Gesellschaft

Wie leicht oder schwer es Schüler bei der Gymiprüfung haben, bestimmt ihre soziale Herkunft mit. Warum eigentlich? Eine Spurensuche in Zürich. VON GIORGIO SCHERRER

Das Schulhaus Hirzenbach in Zürich Schwamendingen ist ein flacher Betonbau zwischen hohen Wohnblöcken, wie ein Kind unter Erwachsenen, ein paar hundert Meter von der Autobahn entfernt. Auf der anderen Seite des Zürichbergs schmiegt sich das Schulhaus Fluntern an den Hang, umgeben von Villen und einer Kirche. Hirzenbach–Fluntern: ein Spaziergang durch den Wald oder dreissig Minuten Tramfahrt. Und doch zwei Welten.

Einzimmerwohnung für vier

Die Hirzenbacher Schulsozialarbeiterin Yvonne Christoph-Wyler sagt: «Chancengleichheit ist hier ganz weit weg.» Die Kinder seien nicht weniger intelligent als anderswo, aber das Leben verlange sehr viel von ihnen. Manche leben zu viert in einer Einzimmerwohnung, haben einen einzigen Tisch für Hausaufgaben, um zu essen und Kartoffeln zu rüsten, bekommen neue Turnschlappchen erst mit dem nächsten Lohn der Eltern. Yvonne Christoph-Wyler sagt: «Hier wird intellektuelles Potenzial nicht abgeholt – und das ist ein Verlust für die Gesellschaft.» Nur vier Prozent der Hirzenbacher Schüler gehen aufs Gymnasium.

In Fluntern sagt der Schulleiter Urs Rechsteiner: «Das Umfeld ist hier sehr bildungsnah. Man kann viel mit den Kindern machen.» Die Lehrer schicken den Eltern jedes Quartal eine Übersicht mit dem kommenden Schulstoff für alle Fächer. Das Gymi ist früh ein Thema. Für Kinder aus bildungsfernen Familien könne der Schulalltag am Zürichberg sehr schwierig sein, sagt Rechsteiner. Auf dem Pausenplatz heisst es zuweilen wie selbstverständlich: «Gäll, gasch dänn au emal is Gymi?» Tatsächlich tun das hier bis zu sechzig Prozent eines Jahrgangs.

Bildung wird vererbt, das ist in der ganzen Schweiz der Fall und durch Studien belegt. Kinder von Akademikern besuchen laut dem Bundesamt für -Statistik fast siebenmal häufiger eine Universität als solche von Eltern mit nur obligatorischer Schulbildung. Eine grosse Weichenstellung auf diesem Weg ist die Gymiprüfung, die im Kanton Zürich am kommenden Montag und Dienstag stattfindet. Die Schwamendinger Sozialarbeiterin Yvonne Christoph-Wyler sagt, das Gymnasium werde üblicherweise als Schritt in die Selbständigkeit verkauft. «Dabei werden die einen einfach zu Hause gecoacht – und die anderen nicht.» Wer es trotzdem aufs Gymnasium schaffe, werde dort alleingelassen, unabhängig von der Leistungsbereitschaft. Solche Schüler verlassen das Gymi immer wieder vorzeitig, auch nach bestandener Probezeit. Zu sehr ist es für sie eine andere Welt. Teure Bücher, gepflegte Sprache, digitaler Schulalltag. Und keine Sozialarbeiterin.

Der Fluntern Schulleiter Urs Rechsteiner beobachtet, dass es zwar immer mehr Eltern gibt, denen das Wohlbefinden ihrer Kinder wichtiger ist als deren Noten. Aber es gibt auch weiter Eltern, die ihre Kinder neben dem internen -Vorbereitungskurs in ein privates Lerninstitut schicken. Das überfordere die Schüler, sagt Rechsteiner. «Wenn ein Kind derart stark gepusht werden muss, ist es dann wirklich bereit fürs Gymi?»

Eine durchmischte Schule

Zwischen Hirzenbach und Fluntern, neben kleinen Reihenhäusern und einer grossen Strasse, steht das Schulhaus Saatlen. In der bunt durchmischten Primarschule lernen Kinder alteingesessener Handwerker, gebildeter Expats und ehemaliger Flüchtlinge. Ein Wintermorgen, die Sonne scheint in ein buntes Geschrei aus Französischvokabeln. Der Lehrer sagt ein Wort auf Französisch, schnippt mit den Fingern, die Schüler wiederholen

es. Später spielen sie «Schiffe versenken», bauen eine Briefwaage aus Magneten, programmieren einen Roboter. Die Kinder sind motiviert und bei der Sache; fast alle sprechen breiten Dialekt.

Soziale Unterschiede sind nicht sofort sichtbar, aber können sich schnell im Gespräch offenbaren. Ein Fünftklässler sagt, er wolle Anwalt werden. «Das git vil Gäld und isch spannend.» Dann fragt er, ob man dafür ins Gymi müsse. «Nomal sächs Jahr id Schuel? Scheisse!» Eine Gruppe Mädchen hat konkretere Berufspläne: Ärztin, Forscherin, Gerichtsmedizinerin. Sie alle wollen ins Gymi und kennen schon jemanden, der es vor ihnen geschafft hat. Rund zehn Prozent der Saatler Schüler schaffen die Prüfung. Lehrer Carlos à Porta sagt, weniger privilegierte Kinder hätten als Ziel nicht das Gymi, sondern einen Job, der ihnen Spass mache und genügend Lohn zum Leben bringe. Aber auch hier gibt es natürlich Ausnahmen. Die Tochter einer bosnischen Druckerin will unbedingt Ärztin werden. Ihre Mutter hat ihr einen Hund versprochen, falls sie die Gymiprüfung schafft. «Das wil ich ebe unbedingt», sagt sie: das Gymi und den Hund.

Die Lehrer des Saatlen treffen sich zum Mittagessen in der Pizzeria ums Eck. Fragt man, was die Quote des Übertritts ans Gymi am meisten beeinflusse, zeigen sie auf den Zürichberg: «Man muss nur auf die Sonnenseite.» Auch für sie wäre es dort leichter. Doch sie bleiben, wo sie mehr bewegen können.

Rückstand bei der Sprache

«Wenn ein Kind derart stark gepusht werden muss, ist es dann wirklich bereit fürs Gymnasium?»

Urs Rechsteiner
Schulleiter Schulhaus Zürich
Fluntern

Was hilft ihren Schülern beim Bildungsaufstieg am meisten? Mehr Frühförderung, sagt ein Lehrer. Wer schon mit Rückstand etwa bei der Sprache in die Schule komme, hole nur schwer auf. Auch deshalb forderten kürzlich die Verbände der Zürcher Kindergärtner und Lehrer mehr Klassenassistenten. Eine andere Lehrerin wünscht sich, dass mehr auf spätere Aufstiegsmöglichkeiten aufmerksam gemacht würde, Stichwort Berufslehre und zweiter Bildungsweg. Eine

Lehre bietet Anerkennung in Form eines Lohns und im Lehrmeister eine eindeutige Bezugsperson. Gymis bieten solch klare Strukturen nicht, auch wenn sich das Bild des Lehrerberufs auch dort gewandelt hat. Zwar gibt es einzelne Initiativen, die den Übertritt ans Gymi für weniger privilegierte Kinder erleichtern: fakultative Deutschkurse, Mathe-vorbereitung und die Idee, das Kurzzeit- gegenüber dem Langzeitgymnasium zu stärken. Am Kurzzeitgymnasium ist nämlich das Nichtbestehen der Probezeit weniger mit der Herkunft verknüpft. Doch diese Massnahmen setzen bei Kindern an, die schon die Gymiprüfung geschafft haben, nicht bei denen, die gar nicht erst antreten. Für sie gibt es von staatlicher Seite nur die Gymivorbereitungskurse der Primarschulen, deren Durchführung im Kanton nicht obligatorisch ist. Und es gibt Programme, die ohne Fokus auf das Gymi Dinge wie Sprach- und Integrationsprobleme angehen.

Dieser Fokus ist kein Zufall: Einerseits sind die Schwierigkeiten dort offensichtlich. Andererseits sind das Faktoren, die mehr mit Einzelnen zu tun haben als mit der Gesellschaft. Grundlegende, unbequeme Fragen werden so gar nicht erst gestellt. Denn Benachteiligung aufgrund der sozialen Herkunft hat mehr mit der Gesellschaft als ganzes, zu tun – mit Arbeitsbedingungen im Billiglohnssektor, mit Sozial- und Wohnpolitik, der Haltung an Gymnasien. Auch die vergleichsweise späte und eher punktuelle Unterstützung

«Es gibt einen breiten Konsens unter Bildungspolitikern, dass der jetzige Anteil an Maturanden dem Bedarf der Gesellschaft entspricht.»

Niklaus Schatzmann
Chef kantonales Mittelschulamt
Zürich

von weniger privilegierten Kindern erst nach bestandener Gymiprüfung ist politisch gewollt. Der Chef des Zürcher kantonalen Mittelschulamts, Niklaus Schatzmann, sagt, es gebe einen breiten Konsens unter Bildungspolitikern, dass der jetzige Anteil an Maturanden dem Bedarf der Gesellschaft entspreche. «Viel mehr leistungsstarke Schüler mit speziellem Hintergrund könnten zu einer höheren Maturaquote führen», sagt Schatzmann. Er betont jedoch, beim Übertritt ans Gymi entscheide allein die Qualität über die Noten.

Fakt ist: Wenn man die Maturaquote nicht erhöhen will und zugleich Akademikereltern weiter ihre Kinder ins Gymi drücken – dann bleibt für andere Kinder nicht viel Platz übrig.

Veranstungshinweis 21. 3. 2018



Vortragsreihe «Schule & Pädiatrie»

Wohin führt die Vermessung der Kinder?

Mittwoch 21. März 2018, 18.30 bis 20.30 Uhr



Mittwoch 21. März 2018, 18.30 bis 20.30 Uhr

Fachhochschule St. Gallen, Rosenbergstrasse 59 (beim Bahnhof) 9000 St. Gallen
grosser Plenarsaal, Parterre

Referenten Prof. Dr. phil. Alexander Grob (Universität Basel)
KD Dr. med. Sepp Holtz (Zürich)

Einführung Dr. med. Markus Bigler (Verein Ostschweizer Kinderärzte, Rorschach)

18. 3. 2018

Komitee «Lehrplan vors Volk», 8610 Uster | info@lehrplan-vors-volk.ch | www.lehrplan-vors-volk.ch

Spendenkonto: IBAN: CH55 0900 0000 8975 3598